

Transnistrien: Unsicherer Wirtschaftsausblick

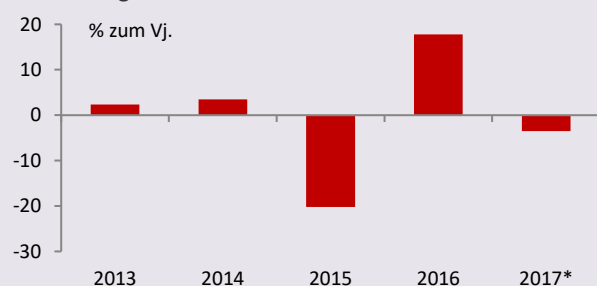
Die transnistrische Wirtschaft befindet sich aufgrund fehlender wirtschaftlicher Diversifizierung und Schiefelage der öffentlichen Finanzen seit mehreren Jahren im Krisenmodus. Die Industrieproduktion, die 30% des transnistrischen BIP ausmacht, wird lediglich von zwei Unternehmen dominiert: Dem Stahlproduzenten MMZ und dem Elektrizitätswerk Moldavskaya GRES. Ein Produktionsrückgang bei einem der beiden Unternehmen führt demnach oft zu einem starken gesamtwirtschaftlichen Abschwung. Da das enorme Haushaltsdefizit von 23% des BIP keinen Raum lässt sinkende Steuereinnahmen zu kompensieren, wird ein wirtschaftlicher Rückgang im Industriesektor für gewöhnlich noch durch Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben verschärft.

Erste Strukturreformen wie die Umsetzung des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens (DCFTA) zwischen der EU und Moldau und eine geplante Reform des öffentlichen Sektors könnten helfen, die strukturellen Probleme der transnistrischen Wirtschaft anzugehen. Solche Reformen benötigen jedoch Zeit und Ressourcen über die Transnistrien derzeit nur sehr begrenzt verfügt. In der Tat könnten die kürzlich eingeführten ukrainischen Sanktionen gegen russische Firmen als auch die amerikanischen Strafzölle die transnistrische Stahlproduktion zum Stillstand bringen und zur nächsten Wirtschaftskrise führen.

Starke wirtschaftliche Schwankungen

2015 ging das BIP von Transnistrien infolge eines starken Rückgangs der Industrieproduktion um ca. 20% zurück, was wiederum zu einer fiskalischen Krise führte, in deren Folge die Behörden nicht in der Lage waren, öffentliche Löhne und Renten in voller Höhe zu zahlen. 2016 hingegen erlebte die transnistrische Wirtschaft im Zuge eines starken, durch Schulden finanzierten Anstiegs der öffentlichen Ausgaben, einen starken Aufschwung mit einem Wirtschaftswachstum von 18%.

Entwicklung des BIP



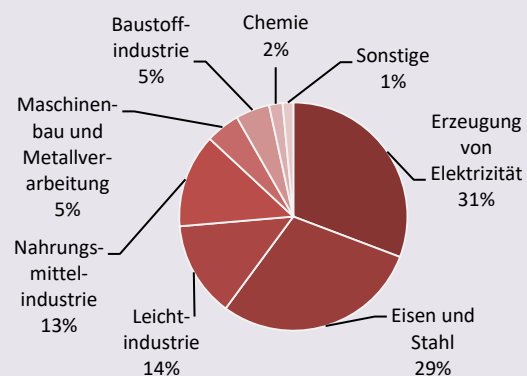
Quelle: De-facto Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung von Transnistrien; *Schätzung

Trotz einiger Anzeichen der Stabilisierung fiel die Wirtschaftsleistung in 2017 abermals um ca. 3%. Diese problematische Volatilität lässt sich vorrangig auf die mangelnde Diversifizierung der Wirtschaft sowie die prekäre Lage der öffentlichen Finanzen zurückführen. Beide Probleme müssen dringend angegangen werden, um die Wirtschaft auf einen stabilen Wachstumspfad zu bringen.

Einseitige Wirtschaftsstruktur

Die transnistrische Wirtschaft zeichnet sich durch einen großen industriellen Sektor aus, der ca. 30% des BIP ausmacht. Auch wenn ein hoher Anteil der Industrie an der Wirtschaft generell erstrebenswert ist, zeigt sich bei genauerer Betrachtung jedoch, dass nur zwei Unternehmen 60% des Sektors ausmachen.

Struktur der Industrie



Quelle: De-facto Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung von Transnistrien

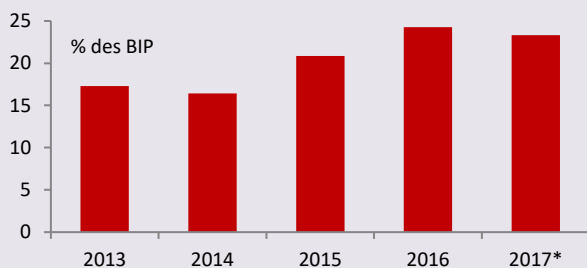
So war das Stahlwerk MMZ im Jahr 2017, als die Nachfrage nach Stahl gut war, für ungefähr 30% der Produktion im Industriesektor verantwortlich. Das Elektrizitätswerk Moldavskaya GRES in Kuchurgan erzeugt weitere 30% des industriellen Outputs. Trotz eines nicht unbedeutenden Beitrags der Leichtindustrie (insbesondere Textil- und Schuhproduktion) sowie der Nahrungsmittelproduktion macht diese starke Konzentration des Sektors auf nur zwei Unternehmen die Wirtschaft anfällig für externe Schocks.

Prekäre Lage der öffentlichen Finanzen

Ein zweiter Faktor, der zum starken Auf und Ab der Wirtschaft beiträgt, ist die Schiefelage der öffentlichen Finanzen. So betrug das Haushaltsdefizit von Transnistrien in 2017 unglaubliche 23% des BIP, wozu insbesondere die ausufernden öffentlichen Ausgaben – derzeit ungefähr 58% des BIP – beitrugen. Die überstrapazierten öffentlichen Finanzen führen dazu, dass prozyklische Ausgabenpolitik die wirtschaftlichen Abschwünge noch verstärken. Als beispielsweise das

Stahlwerk MMZ in 2015 und 2016 für eine Weile nicht produzierte, konnten die Regierung in Tiraspol die resultierenden Steuerausfälle nicht kompensieren und war gezwungen, die öffentlichen Gehälter und Renten zu kürzen. Dadurch ging die Nachfrage weiter zurück, sodass sich der wirtschaftliche Abschwung noch verstärkte.

Haushaltsdefizit



Quelle: De-facto Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung von Transnistrien; *Schätzung

2016 begann die de-facto Zentralbank, das Haushaltsdefizit zu finanzieren, indem sie Kredite an einheimische Banken vergab, die wiederum Kredite an die Regierung oder staatliche Unternehmen vergaben. So konnten die Rückstände bei den öffentlichen Gehältern und Renten ausgeglichen werden, wodurch sich die starke wirtschaftliche Erholung in 2016 erklärt. Dieses „Geld drucken“ führte jedoch zu einem starken Anstieg der Geldmenge, wodurch sich das Risiko eines Inflationsschubs sowie einer Währungskrise erheblich erhöhte. Nur dank einiger Absorptionsmaßnahmen seitens der de-facto Zentralbank konnte eine Inflationsspirale verhindert werden.

Hinzukommt, dass sich die Finanzierung des enormen Haushaltsdefizits zunehmend schwieriger gestaltet. Aktuell wird die Hälfte des Defizits aus dem Gasverkauf finanziert. Der Rest muss beispielsweise über Kreditaufnahme bei lokalen Banken, Unternehmen oder durch Steuervorauszahlungen gedeckt werden. Da diese Optionen jedoch größtenteils ausgeschöpft sind, ergibt sich die dringende Notwendigkeit das Haushaltsdefizit zu reduzieren, um eine weitere fiskalische Krise zu verhindern.

Dringender Reformbedarf

Die Behörden in Tiraspol haben einige Reformen angefangen, um die beschriebenen Probleme anzugehen und die Wirtschaft zu diversifizieren. Insbesondere das EU-Moldau DCFTA, welches teilweise in Transnistrien angewendet wird, ist ein wichtiges Instrument zur Diversifizierung der transnistrischen Wirtschaft. Es bedarf jedoch intensiver technischer Unterstützung, um einige der anspruchsvolleren Aspekte des DCFTA in Transnistrien zu implementieren.

Die Verwaltung in Tiraspol plant außerdem eine Reform der öffentlichen Ausgaben. So sollen insbesondere das Rentensystem und der Bildungssektor – beides

Bereiche mit großem Einsparpotenzial – reformiert werden. Außerdem hat die Zentralbank eine lange überfällige Abwertung der lokalen Währung durchgeführt, was erheblich zur Reduzierung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts und zu einem starken Anstieg im Handel geführt hat.

Ausblick: erhebliche Risiken

Zur Umsetzung der notwendigen Reformen bedarf es jedoch Zeit sowie erheblicher Ressourcen, über die die Region derzeit nur im geringen Maße verfügt. Gleichzeitig haben die Risiken für die transnistrische Wirtschaft, insbesondere für den Stahlsektor, in letzter Zeit wieder erheblich zugenommen. Aufgrund der amerikanischen Zölle auf Stahlimporte ist ein Überangebot auf dem für transnistrische Stahlimporte wichtigen europäischen Markt zu erwarten, wodurch Nachfrage und Preise für transnistrische Stahlerzeugnisse zurückgehen werden. Schwerwiegender sind jedoch die ukrainischen Sanktionen gegen russische Geschäftsleute, da diese auch den Stahlproduzenten MMZ betreffen. Die Sanktionen bewirken, dass MMZ nicht mehr in die Ukraine exportieren kann und blockieren außerdem den Import von Metallschrott aus der Ukraine, ohne den die transnistrische Stahlproduktion wahrscheinlich über Kurz oder Lang zum Erliegen kommen wird. Dies wird sich negativ auf die öffentlichen Einnahmen auswirken, womit sich das Risiko einer Wiederholung der Wirtschaftskrise von 2015 erheblich erhöht.

Autor

Jörg Radeke, radeke@berlin-economics.com

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Woldemar Walter

Hinweis: Dieser Newsletter basiert auf der Arbeit im Rahmen des Projekts „Wirtschaftspolitischer Dialog Transnistrien“. Das Projekt wird durch das Auswärtige Amt finanziert und erfolgt in Koordination mit der Regierung der Republik Moldau.

[Newsletter bestellen](#)

German Economic Team Moldau

www.get-moldau.de

Das German Economic Team berät die moldauische Regierung seit 2010 zu wirtschaftspolitischen Fragen. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert und von Berlin Economics durchgeführt.



BE Berlin Economics GmbH | Schillerstraße 59 | 10627 Berlin
+49 30 / 20 61 34 64 - 0 | info@berlin-economics.com | [Impressum](#)